

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

10.11.2014

P r o t o k o l l

**der Sitzung des Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Beteiligung am Montag, 10.
November 2014 im Senatssaal**

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:30 Uhr

Mitglieder

Herr Bleckmann
Frau Bruns
Herr Evers
Herr Dr. Fassbinder
Frau Görs
Herr Jaap
Herr Dr. Kerath
Herr Kolbe
Herr Martens in Vertretung von Herrn Liskow
Herr Mundt
Herr Noack
Herr Dr. Ott
Herr Seiffert in Vertretung von Frau Socher
Herr Al Najjar in Vertretung von Frau Witt

Nicht anwesend

Herr Banduch

Verwaltung

Herr Dembski Frau Baas
Frau Winkler Herr Kremer
Frau Schleer Herr Maas
Frau Teetz Herr Lubs
Herr Wille
Herr Schult
Frau Demuth
Frau Schinkel
Herr Wixforth

Gäste

Herr Schönerstedt-Jankowski
Herr Borchert
Frau Hase

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 06.10.2014
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Umgang mit Zahlungsverpflichtungen des Kernhaushaltes an die städtebaulichen Sondervermögen, infolge der förderrechtlichen Abrechnung der Vorjahre
7. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 7.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2015/2016
Dez. I, Amt 20
 - 7.2. Gründung des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“
Dez. I, Beteiligungsmanagement
 - 7.3. Gründung der Greifswald Marketing GmbH
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
 - 7.4. Wirtschaftsplan 2015 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum
 - 7.5. Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserentsorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Abwasserbeitragssatzung)
Abwasserwerk Greifswald, Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
 - 7.6. Wirtschaftsplan 2015 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Abwasserwerk Greifswald
 - 7.7. Schaffung von Beamtenplanstellen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 2015 - 2016
Dez. I, Amt 10
 - 7.8. Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2014
Dez. II, Stabsstelle Stadt-sanierung
 - 7.9. Immobilienbericht der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 23
 - 7.10. Hafengebührensatzung 2014/2015/2016 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 66
 - 7.11. Annahme von einer Sachspende für die Kindertagesstätte „Weg ins Leben“
Dez. III, Amt 40
 - 7.12. Annahme von einer Spende für die Kindertagesstätte „Samuil Marschak“
Dez. III, Amt 40
 - 7.13. Annahme von einer Spende für die Kindertagesstätte „Regenbogen“
Dez. III, Amt 40
 - 7.14. Annahme von einer Spende für die Kindertagesstätte „Lütt Matten“
Dez. III, Amt 40
 - 7.15. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e. V. für die Stadtbibliothek
Dez. III, Amt 41
 - 7.16. Alternativmodell zur Zukunft der Theater Vorpommern GmbH
Bündnis 90/Die Grünen
8. Information der Verwaltung

9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden
11. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 14 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Wille schlägt vor, die zusätzlichen Tischvorlagen zum Städtebaulichen Sondervermögen als Unterpunkt zum Haushalt, TOP 7.1.1., zu behandeln.

Des Weiteren äußert er die Bitte von Frau Socher, den Tagesordnungspunkt Haushalt als letzten Punkt zu behandeln, weil sie gerne dabei sein würde und sich derzeit noch in der Kreistagssitzung befindet.

Die Tischvorlage „Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ wird als Unterpunkt zum Haushalt, TOP 7.1.2., eingeordnet.

Herr Mundt informiert, dass der Tagesordnungspunkt 7.5. „Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserentsorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Abwasserbeitragssatzung)“ zurückgezogen wird.

Die Tischvorlage „Ausschreibung von Telekommunikations- und Versicherungsleistungen“ wird unter dem Tagesordnungspunkt 7.17. und die Tischvorlage „Mittel für das Pommersche Landesmuseum“ unter dem Tagesordnungspunkt 7.18. behandelt.

Herr Dr. Fassbinder beantragt, die Punkte 7.6. „Wirtschaftsplan 2015 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ und 7.1.2. „Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ von der Tagesordnung zu nehmen.

Der Wirtschaftsplan wurde den Ausschussmitgliedern zwei Stunden vor Sitzungsbeginn zugestellt, sodass keine Möglichkeit mehr bestand, ihn zu lesen. Außerdem wird es als nicht sinnvoll erachtet, einen Wirtschaftsplan zu verabschieden, wenn nicht über die Abwasserbeitragssatzung beschlossen wird.

Ebenso verhält es sich mit der Beschlussvorlage zur Änderung der Hauptsatzung. Auch sie wurde erst eine Stunde vor Sitzungsbeginn zugestellt.

Frau Teetz erklärt, dass es im Werksausschuss des Abwasserwerkes zwar Diskussionen gab, diese sich aber auf die Abwasserbeitragssatzung bezogen, die deshalb auch zurückgezogen wurde, und nicht auf den Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes.

Die Änderung im Wirtschaftsplan resultiert aus Angaben zu Planansätzen im städtischen Haushalt, die aufgrund von zeitlichen Verschiebungen der Jahresscheiben nicht mit dem Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes übereinstimmen. Frau Teetz gibt zu bedenken, dass bei Verzögerung um eine Beratungsfolge einige geplante Investitionsmaßnahmen nicht stattfinden können.

Herr Wille bittet darum, den Wirtschaftsplan in diesem Zyklus (Sondersitzung des Finanzausschusses am 25.11.2014) noch zu behandeln.

Über die Vorschläge von Herrn Dr. Fassbinder, die Punkte 7.6. und 7.1.2. von der Tagesordnung zu nehmen, wird abgestimmt.

Streichung des TOP 7.6.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen

Streichung des TOP 7.1.2.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

Herr Mundt lässt abstimmen, die Beschlussvorlage zum Haushalt als letzten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
2 Stimmenthaltungen

Es wird abgestimmt, die Beschlussvorlagen zum Sondervermögen unter dem Tagesordnungspunkt 7.1.1. zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 06.10.2014

Zur Niederschrift gibt es eine Anmerkung: Auf Seite 8 im zweiten Absatz muss es nicht Frau Görs, sondern Frau Bruns heißen.

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 5. Beschlusskontrolle

Herr Dr. Fassbinder hat schon zwei Mal gebeten, dass die GPG über die Wirtschaftlichkeit des Parkhauses am Nexöplatz informiert.

Herr Mundt erklärt hierzu, dass diese Informationen im nicht öffentlichen Teil gegeben werden.

TOP 6. Umgang mit Zahlungsverpflichtungen des Kernhaushaltes an die Städtebaulichen Sondervermögen, infolge der förderrechtlichen Abrechnung der Vorjahre

Anhand einer PowerPoint-Präsentation informiert Herr Wille über die verschiedenen Sachverhalte, die es erforderlich machen, aus dem Kernhaushalt finanzielle Mittel in die Sondervermögen zu verlegen. Die unterschiedlichen Fallgruppen werden durch Herrn Wille vorgestellt (siehe Anlage).

Herr Dr. Kerath stellt die Frage zur finanziellen Verantwortung. Bei schuldhaftem Verhalten, so Herr Wille, werden die Vorgänge der Rechtsabteilung übergeben. Schwierig wird es nach über 20 Jahren bei Rechtsansprüchen gegenüber Dritten.

Herr Kolbe wünscht sich in diesem Prozess genaue Auflistungen über offene und abgearbeitete Fälle.

TOP 7. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 7.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2015/2016

06/158

Herr Wille führt in die Haushaltsdiskussion ein. Er werden formale Erläuterungen zu den Haushaltssatzungen des Städtebaulichen Sondervermögens gegeben.

Des Weiteren werden die Eckdaten des Doppelhaushaltes 2015/2016 erklärt (s. PowerPoint-Präsentation in der Anlage).

Für den investiven Teil des Haushaltes erläutert Herr Wille kurz, wie sich das Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie auf den Haushalt auswirkt (s. Anlage).

Herr Mundt bittet darum, Fragen zum Haushalt in den nächsten Tagen für die Sondersitzung schriftlich zu übermitteln.

Eine Abstimmung zur Beschlussvorlage erfolgt am 25.11.2014 in der Sondersitzung.

Frau Socher erläutert die Änderung der Hauptsatzung bzgl. Ausstattung der Fraktion und die Anpassung an die Entschädigungsverordnung. Bei der Anpassung an die Entschädigungsverordnung ist sie von 100 % ausgegangen, sodass der politische Raum die Entscheidung, ob es so bleibt oder nach unten korrigiert wird, treffen kann.

Von Herrn Mundt wird kritisiert, dass man sich in der Haushaltskonsolidierung befindet und eine 100-prozentige Erhöhung einen falschen Eindruck vermittelt.

TOP 7.2. Gründung des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“

06/175

Frau Teetz bringt die Vorlage ein. Es werden hier die gesetzlichen Grundlagen für die Gründung eines Eigenbetriebes aufgezeigt. Die Eigenbetriebssatzung orientiert sich an der Mustersatzung nach EigVO M-V, Regelungen und Ergänzungen wurden an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst. Bezüglich der Wertgrenzen wurde sich an die Hauptsatzung angelehnt. Analog der Besetzung der Fachausschüsse der Bürgerschaft erfolgte die Besetzung des Betriebsausschusses. Die Ansätze im Wirtschaftsplan sind weitestgehend auch im Haushaltsplan der Stadt enthalten. Dort gibt es einen Verweis, dass diese dazu dienen, die Deckung im Jahr der Gründung des Eigenbetriebes zu gewährleisten. In den nächsten Tagen wird es noch eine Änderung zum Wirtschaftsplan geben, die mit dem zukünftigen Verfahren nach der Erhebung und Abrechnung des Essengeldes zusammenhängt. Im Stellenplan ist ersichtlich, welche Stellen neben dem pädagogischen Personal aus der Verwaltung dem Eigenbetrieb zugeordnet wurden bzw. dass die Stellenübersicht noch zusätzlich mit 1,9 Stellen ergänzt wurde.

Zur Bestellung der Betriebsleitung gab es Bewerbungsgespräche. Für den Hauptausschuss wird eine entsprechende Beschlussvorlage vorbereitet. Ein Vorschlag wird bis zur Sitzung der Bürgerschaft unterbreitet.

Frau Teetz informiert weiter, dass der Eigenbetrieb mit entsprechendem Eigenkapital ausgestattet werden soll. Dazu ist beabsichtigt, die mit der Aufgabe verbundenen Vermögenswerte (Immobilien und Mobilien, Ausrüstungen u. a.) an den Eigenbetrieb zu übertragen.

Auf Nachfrage von Herrn Noack erklärt Frau Teetz, dass das pädagogische Personal geschlossen in den Eigenbetrieb überführt und sich an den Anstellungsverhältnissen nichts ändern wird.

Herr Dr. Fassbinder bemerkt, dass er weder in der Beschlussvorlage noch im Wirtschaftsplan erkennen kann, woher das Geld für die Sanierung der Immobilie kommen soll. Des Weiteren ist nicht schlüssig, wie die Immobilienverwaltung erfolgen wird. Frau Teetz betont, dass es Aufgabe des Eigenbetriebes sein wird, die Investitionsvorhaben in ihrem Wirtschaftsplan entsprechend einzustellen.

Bezüglich Kita-Kosten erklärt Herr Dembski, dass die Stadt mit dem Landkreis derzeit in Verhandlung steht. Danach werden Gespräche zu den konkreten Höhen mit den Eltern geführt, letztlich aber wird die Bürgerschaft darüber entscheiden, ob man unabhängig vom Eigenbetrieb vollständig oder in Abstufungen umlegen wird. Insgesamt geht man davon aus, dass die Kosten weitestgehend durch die Gründung des Eigenbetriebes neutral bleiben.

Herr Dr. Kerath bemerkt zur Besetzung des Betriebsausschusses, dass die SPD es für sinnvoll erachtet, neben den sieben Ausschussmitgliedern jeweils auch einen Vertreter aus dem Bereich der Eltern und der Personalvertretung zu benennen. Es obliegt der Bürgerschaft, die Zahl der Mitglieder zu bestimmen, so Frau Teetz, allerdings dürfen nach Kommunalverfassung keine Mitglieder der Verwaltung sowie der Personalvertretung vertreten sein.

Auf Nachfrage erklärt Herr Dembski, dass es aufgrund des Mindestlohnes auch eine Preiserhöhung beim Essen geben wird.

Die Frage von Herrn Evers nach den in der Kalkulation angesetzten Personalkosten für das Verwaltungspersonal wird Frau Teetz mit dem Fachamt klären. Nach den Richtlinien sind 6 % zulässig.

Herr Dr. Fassbinder hat zur Betriebsatzung folgende Anmerkungen:

- Im § 6 Abs. 4 ist eine Wertgrenze von 200.000 EUR enthalten. Beim Eigenbetrieb Abwasser stehen 500.000 EUR. Wie begründet sich der Unterschied?
- Im § 9 Abs. 1 geht es um die Personalhoheit. Einmal steht hier, der Oberbürgermeister ist Dienstvorgesetzter und dann entscheidet die Betriebsleitung. Man sollte hier die Formulierung vom Eigenbetrieb Abwasser übernehmen.
- Im § 11 Abs. 3 stehen 10.000 EUR als Wertgrenze für Investitionsmaßnahmen. Warum stehen beim Abwasserwerk 100.000 EUR und warum wurde der Rahmen hier so eng gefasst?

Hierzu erläutert Frau Teetz: Die engen Wertgrenzen entsprechen denen im städtischen Haushalt. Außerdem ist man davon ausgegangen, dass der zu gründende Eigenbetrieb bezuschusst werden muss. Es ist jederzeit möglich, die Wertgrenzen entsprechend anzupassen. Beim Abwasserwerk ist man davon abgewichen, weil sich das Abwasserwerk aus Gebühren refinanziert und somit eine Kostendeckung vorhanden ist.

Bei der Personalhoheit wurde sich an die Mustersatzung angelehnt. Die Verwaltung wird sich diesen Passus noch einmal ansehen.

Herr Dr. Kerath beantragt, über die Punkte 1 bis 5 der Vorlage einzeln abzustimmen.

Punkt 1 „Gründung des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2015“

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
6 Stimmenthaltungen

Punkt 2 „Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes (Anlagen 1 und 2) und die Besetzung des Betriebsausschusses“

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimme
1 Gegenstimme
11 Stimmenthaltungen

Punkt 3 „Vorläufiger Wirtschaftsplan für die Wirtschaftsjahre 2015 – 2018 einschließlich des Stellenplanes für 2015 (Anlage 3)“

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme
1 Gegenstimme
12 Stimmenthaltungen

Punkt 4 „Bestellung von als Betriebsleiter-/in und von als Stellvertretende/r Betriebsleiter/-in“

keine Abstimmung

Punkt 5 „Übertragung des mit der Aufgabe verbundenen Vermögens einschließlich der Immobilien auf den Eigenbetrieb“

Abstimmungsergebnis: 6 Gegenstimmen
8 Stimmenthaltungen

Herr Kolbe stellt die Abstimmung infrage. Lässt die Geschäftsordnung ein Aufspalten in Einzelpunkten einer Beschlussvorlage zu, wenn es vorher nicht beschlossen wurde?

Herr Mundt lässt über die gesamte Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmenthaltungen

TOP 7.3. Gründung der Greifswald Marketing GmbH

06/170

Die Vorbereitung zur Gründung der Greifswald Marketing GmbH wurde gemeinsam mit dem Stadtmarketingverein (SMV) unter Einbeziehung des Vereins Greifswalder Innenstadt (VGI) und des Fremdenverkehrsvereins (FVV) durchgeführt, so Herr Wille. In den folgenden Jahren wird es für den VGI keinen Zuschuss aus dem Kernhaushalt der Stadt und für den FVV nur noch einen reduzierten Zuschuss geben. Der Aufbau des Geschäftsbetriebes der Greifswald Marketing GmbH wird stufenweise erfolgen. Diese werden von Herrn Wille näher erläutert. Für die Gründungsphase wird vorgeschlagen, Frau Anja Mirasch als Geschäftsführerin zu bestellen. Mit Gründung der GmbH soll eine öffentliche Ausschreibung des Geschäftsführerpostens stattfinden.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Kerath erklärt Herr Wille, dass alle Schritte mit dem FVV besprochen wurden. Bezüglich der Zielvorgaben schlägt Herr Dr. Kerath vor, nach erfolgreicher Etablierung der Gesellschaft den Aufgabenabgleich mit den tangierten Bereichen nicht erst 2017, sondern 2016 durchzuführen, damit die Umsetzungsphase nicht zu lang wird.

Durch Herrn Dr. Fassbinder wird die Einflussnahme durch die Bürgerschaft bemängelt. Herr Wille informiert, dass hier u. a. eine Einflussnahme durch die Haushaltsansätze erfolgen kann. Eine direkte Steuerungsmöglichkeit kann hier mit Zielvorgaben verknüpft werden.

Herr Dr. Kerath verweist auf den § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages, wo es heißt „Die Gesellschafterversammlung gibt dem Fachbeirat eine Geschäftsordnung. In dieser werden Zusammensetzung, Aufgaben und Sitzungsablauf geregelt.“ Er möchte diesen Passus ergänzen um „nach vorheriger Abstimmung im Hauptausschuss“. Frau Teetz sagt diese Änderung zu.

Das Marketing der Greif mit aufzunehmen, wurde geprüft, aber zum jetzigen Zeitpunkt als für nicht umsetzbar befunden.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 7.4. Wirtschaftsplan 2015 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/160

Herr Schult bringt die Vorlage ein. Der Wirtschaftsplan sieht die Begleichung der Differenz von Einnahmen und Ausgaben des Segelschulschiffes in Höhe von 277 TEUR aus dem städtischen Haushalt vor. Mit Hilfe der Ideenkonferenz (Zukunftswerkstatt) soll die prekäre Situation des See- und Tauchsportzentrums verbessert werden.

Die Ausschussmitglieder kritisieren, dass jedes Jahr die gleiche Diskussion aufkommt. Die Situation war über die Jahre hervorsehbar, und eine Entscheidung zur „Greif“ ist jetzt unaufschiebbar. Man will auf die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt warten und dann erst den Wirtschaftsplan beschließen.

Frau Teetz ergänzt, dass die Zukunftswerkstatt nur Anregungen und Impulse geben kann, die dann umgesetzt werden müssen. Sie gibt zu bedenken, dass, wenn der Wirtschaftsplan jetzt nicht beschlossen wird, der Ausgleich durch die Stadt erfolgen muss, da die „Greif“ zum Sondervermögen der Stadt gehört.

Herr Mundt lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
11 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 7.5. Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserentsorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Abwasserbeitragssatzung)

06/169

Wurde zurückgezogen.

TOP 7.6. Wirtschaftsplan 2015 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/174

Wurde per Abstimmung von der Tagesordnung genommen.

TOP 7.7. Schaffung von Beamtenplanstellen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 2015 - 2016

06/163

Herr Dr. Fassbinder ist aufgefallen, dass die Vorlage weitestgehend mit der letzten identisch ist. Die Argumente der Nachwuchsgewinnung und der wahrzunehmenden hoheitlichen Aufgaben der Stadt können nicht nachvollzogen werden.

Frau Demuth erklärt, dass das Innenministerium der Stadt mit rechtsaufsichtlichen Eingriffen gedroht hat, wenn die Stadt nicht der Verpflichtung nachkommt, Beamtenstellen zu schaffen.

Herr Dr. Kerath schließt sich den Argumenten von Herrn Dr. Fassbinder an. Die SPD erkennt das Problem, wird aber der Vorlage nicht zustimmen. Für sie ist das der falsche Weg, junge Leute in der Stadtverwaltung arbeitsmäßig zu halten. Entsprechende Stellen für die Verbeamtung wurden zwar aufgeführt, aber die Begründungen fehlen. Es gibt kein Gesetz, das vorschreibt, dass die Stadt eine Mindestanzahl von Beamten vorhalten muss.

Nach Diskussion wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
8 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen

TOP 7.8. Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2014

06/127

Vom Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus M-V wurden Mittel für das Städtebauförderprogramm in Aussicht gestellt. Die zu beschließenden Umsetzungslisten werden von Frau Schinkel vorgestellt und auf Fragen wird eingegangen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 7.9. Immobilienbericht der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/116

Der Immobilienbericht wird durch Herrn Kremer vorgestellt und von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Kerath möchte wissen, welche Gebäude noch mit Nachtspeicheröfen ausgestattet sind. Des Weiteren ist ihm der hohe Krankenstand bei den Hausmeistern aufgefallen.

TOP 7.10. Hafengebührensatzung 2014/2015/2016 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/128

Herr Bleckmann nimmt an der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Nach neuer Kalkulation wird eine Hafengebührensatzung mit geänderten Gebührensätzen vorgeschlagen. Herr Wixforth erläutert diese. Demnach werden die Hafengebühren für Daueranlieger in Wieck und im Stadthafen ab 2006 um 6 % sinken, bei Gastanlieger hingegen um 10 % steigen. Textliche Änderungen gegenüber dem bisherigen Satzungsinhalt erfolgten nicht.

Die Kalkulation wird seit mehreren Jahren verwendet. Auf den Gebührenmaßstab wurde sich im Jahr 2010 nach Diskussionen und verschiedenen Varianten geeinigt.

Zur Frage von Frau Bruns nach einer Berechnung der Boote, die längs oder quer zum Kai liegen, erklärt Herr Wixforth, dass diese 2010 durchkalkuliert, aber sich nach der Vergleichskalkulation letztlich anders entschieden wurde.

Herr Dr. Kerath hat Nachfragen zum Kalkulationskreis 2 – Seehafen Ladebow: Wenn man das Nutzungsentgelt für die HLG mit einrechnen würde, wäre ein Kostensatz von 1,18 EUR/BRZ kostendeckend. Bei Gegenüberstellung der anderen Zahlen und einer Anhebung des Gebührensatzes auf 0,71 EUR/BRZ würde eine Unterdeckung von über 40 % entstehen. Welcher Seehafen in Deutschland arbeitet mit einer derartigen Kostenunterdeckung? Die Frage wird Herr Wixforth mit in die Verwaltung nehmen.

Herr Dr. Fassbinder bemängelt, dass überall die Gebühren steigen (Kita, Musikschule, Sporthallen etc.), außer bei den Segelyachten und diese Entscheidung politisch nicht vermittelbar ist.

Herr Mundt lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung
(Herr Kolbe nimmt nicht an der Abstimmung teil,
Herr Noack ist nicht im Raum)

TOP 7.11. Annahme von einer Sachspende für die Kindertagesstätte „Weg ins Leben“

06/120

Es wurde über die geänderte Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
(Herr Noack ist nicht im Raum)

TOP 7.12. Annahme von einer Spende für die Kindertagesstätte „Samuil Marschak“

06/167

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 7.13. Annahme von einer Spende für die Kindertagesstätte „Regenbogen“

06/166 Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 7.14. Annahme von einer Spende für die Kindertagesstätte „Lütt Matten“

06/165 Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 7.15. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e. V. für die Stadtbibliothek

06/121

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
(Herr Dr. Ott nimmt an der Abstimmung nicht teil)

TOP 7.16. Alternativmodell zur Zukunft der Theater Vorpommern GmbH

06/164

Herr Dr. Fassbinder stellt das Alternativmodell (auf Grundlage des Metrum-Gutachtens erstellt), das eine Dynamisierung aller Zuschüsse schon ab 2016 und die Rückkehr zum Flächentarifvertrag ab 2020 zunächst nur für die unteren Lohngruppen in den Mittelpunkt der Finanzierung vorsieht, vor. Die höheren Lohngruppen sollen ab 2020 mit verkürzten Arbeitszeiten arbeiten. So sollen betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden.

Herr Dr. Fassbinder möchte ein Meinungsbild der Ausschussmitglieder.

Es soll keine Abstimmung über diese Beschlussvorlage stattfinden, weil die Diskussion darüber im Kulturausschuss und das da vorgestellte Konzept von Herrn Löschner abgewartet werden soll.

Herr Dembski gibt zu bedenken, dass man mit einer jährlichen Dynamisierung von 2 % nicht mal ansatzweise an die Angleichung des Flächentarifvertrags herankommt. Aus der Dynamisierung können nicht einmal die normalen Gehaltssteigerungen aus dem alten Tarifvertrag gedeckt werden, man würde sich vom Flächentarifvertrag weiter abkoppeln als annähern.

Herr Wille äußert die Bitte, dass klar definiert wird, dass es um Mittel des Landes außerhalb des Finanzausgleichgesetzes geht.

TOP 7.17. Ausschreibung von Telekommunikations- und Versicherungsleistungen

Herr Dr. Kerath erläutert die Vorlage. Die Vorlage resultiert aus Anfragen zu den Verhältnissen bei den Telekommunikations- und Versicherungsleistungen und aus dem Quartalsbericht zum Haushaltsverzug der Verwaltung.

Die Vorlage wird präzisiert um das Datum der Beschlusskontrolle: 27.04.2015.

Herr Dr. Fassbinder ergänzt die Vorlage im Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, zu prüfen, zu welchem nächstmöglichen Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen eine Ausschreibung der Versicherungsverträge bei der Stadtverwaltung möglich ist und entsprechende Ausschreibungen vorzubereiten. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, eine Ausschreibung der Telekommunikationsverträge für das 1. Quartal 2015 vorzubereiten.

Des Weiteren gibt es eine Ergänzung der Begründung zu 1, vor dem letzten Satz:

Auf eine Frage der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 15.09.2014 mit demselben Thema teilte das Haupt- und Personalamt mit, dass „die Erhebung der Telekommunikationsdaten und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (...) für das 4. Quartal 2014 vorgesehen (ist). Eine mögliche Ausschreibung erfolgt im Jahr 2015.“ Aufgrund dieses Arbeitsstandes sollte es möglich sein, die Ausschreibung noch im 1. Quartal 2015 durchzuführen.

Die Versicherungsleistungen, so Herr Kremer, sind für die Gebäude letztmalig im Jahr 2009 für zwei Jahre ausgeschrieben worden und verlängern sich jeweils um ein Jahr. Letztes Jahr wurde gemeinsam mit dem Hauptamt überprüft, ob erneut ausgeschrieben werden sollte. Da die Konditionen aber gut sind, sah man davon ab.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

TOP 7.18. Mittel für das Pommersche Landesmuseum

Herr Dr. Fassbinder verlässt zu diesem Tagesordnungspunkt den Raum.

Durch die Einführung des Mindestlohnes zum 01.01.2015 entsteht im Haushalt des PLM ein Defizit, welches nicht über Eigenleistungen ausgeglichen werden kann.

Durch diese Vorlage soll die bereits im Haushalt eingestellte Erhöhung des Zuschusses an das PLM beschlossen und an die weiteren Zuschussgeber Bund und Land appelliert werden, ebenfalls ihre Zuschüsse zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 8. Information der Verwaltung

keine

TOP 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

TOP 11. Schluss der Sitzung

Die Sitzung endet um 21:30

Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

Birgit Rosolski
für das Protokoll